

## **Im Zweifelsfall für die Energiewirtschaft!? Konzerne legen Atomausstiegsgesetz von Fall zu Fall anders aus – aber immer in ihrem Sinne**

*Laufzeitverlängerungen von knapp acht Jahren verdoppeln bereits die Atom-Reststrommenge, die nach dem Atomausstiegsgesetz noch erlaubt ist*

Am heutigen Mittwoch treffen sich die Vorstandsvorsitzenden der vier großen Stromversorger E.ON, RWE, EnBW sowie Vattenfall Europe mit Bundeskanzlerin Merkel, um über die Brennstoffelementesteuer und Laufzeitverlängerungen zu diskutieren. Die Klima-Allianz, ein Bündnis von 109 Mitgliedsorganisationen, kritisiert die einseitige Auslegung des Atomausstiegsgesetz durch die Energiekonzerne. Gleichzeitig fordert das Bündnis von der Bundesregierung ein Energiekonzept, das die schnellstmögliche vollständige Umstellung auf Erneuerbare Energien ermöglicht, dazu am Atomausstieg festhält, den Neubau von Kohlekraftwerken stoppt, Energieeffizienz wirksam fördert und die Energieinfrastruktur mit Netzen und Speicher um- und ausbaut.

Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch und Mitglied der Klima-Allianz: „Frei nach dem Motto: `Im Zweifelsfall für die Energiewirtschaft`, legen die Energiekonzerne das Atomausstiegsgesetz so aus, wie es ihnen im Einzelfall am besten passt: Die Brennstoffelementesteuer halten E.ON & Co. für unzulässig, da im Atomausstiegsgesetz einseitige steuerliche Belastungen für Energiekonzerne ausgeschlossen wurden. Ausgedehnte Laufzeitverlängerungen hält die Energiewirtschaft hingegen für notwendig, obwohl bereits bei einer Laufzeitverlängerung von knapp acht Jahren doppelt so viel Atomstrom ins Netz eingespeist würde, wie nach Atomausstiegsgesetz noch zulässig wären. Wenn die Konzerne sich mit derselben Intensität für 100 Prozent Erneuerbare einsetzen würden wie für die vergangenheitsorientierte Atomkraft, sähe die Welt schon erheblich sicherer und klimafreundlicher aus“, so Milke.

„Bundeskanzlerin Merkel hat versprochen, ein Energiekonzept vorzulegen und erst danach über die Notwendigkeit von Laufzeitverlängerungen zu diskutieren“, so Alfred Buß, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen und Mitglied der Klima-Allianz. "Nun sickert durch, dass eine interne Einigung auf 15 Jahre Laufzeitverlängerung bereits erfolgt ist – lange bevor das Energiekonzept vorliegt. Diese Vorgehensweise stellt die Glaubwürdigkeit der Politik in Frage. Wir fordern nachdrücklich ein Energiekonzept, das die Chancen und Potenziale einer Energiewende berücksichtigt“, so Buß weiter.

Für Rückfragen:

Christina Hering, Koordinatorin der Klima-Allianz, 030 678177572

Die Klima-Allianz

Marienstr. 19-20, 10117 Berlin

fon: 030 / 6781775-72, fax: -80

[www.klima-allianz.de](http://www.klima-allianz.de) <[www.die-klima-allianz.de](http://www.die-klima-allianz.de)> ,[www.kohle-protest.de](http://www.kohle-protest.de)

[www.klimaschutzgesetz-nrw.de](http://www.klimaschutzgesetz-nrw.de)